

Entwicklung der EU

Die Fäden wieder aufnehmen

Das Selbstverständnis der Arbeiterbewegung war von Beginn an international, die Soziale Frage wurde als internationale Frage verstanden – zu Recht! Es gab und gibt auf der ganzen Welt ein gemeinsames Interesse der ArbeitnehmerInnen an sozialer Gerechtigkeit und Frieden.

Heute jedoch hat sich die die Kapitalseite zum Internationalisten entwickelt, Dagegen beschränkt sich die Arbeiterbewegung weitgehend auf die nationalen Räume. Unternehmen handeln zunehmend international, die Gewerkschaften bleiben häufig national. Dabei kann nur die Anpassung der Organisations- und Handlungsgrenzen an den veränderten Marktgrenzen zielführend sein, um der wirtschaftlichen Entwicklung wieder Zügel anzulegen. Das Risiko einer protektionistischen Politik der Verteidigung nationaler Teilarbeitsmärkte steht im Raum und verspricht keine Erfolge.

Gestaltungskraft kann heute nur in größeren Zusammenhängen entwickelt werden. Daraus folgt unmittelbar die Notwendigkeit, sich mit wirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigung im erweiterten Europa intensiv auseinanderzusetzen und Handlungsoptionen für die EU zu entwickeln. Durch die veränderten politischen Mehrheiten und damit durch einen anderen Kurs in der EU sowie durch die Herausforderungen der schnellen Ost-Erweiterung der EU, ist die Zustimmung zur EU jedoch deutlich gesunken. In diesem Zusammenhang wird EU auch zunehmend nicht mehr als Strategie zur Gestaltung der Globalisierten Ökonomie gesehen, sondern als Beschleunigungsmittel eines ungebremsten Marktes. Schon Jaques Delors stellte zu Recht fest, dass ein Mensch den Binnenmarkt nicht lieben könnte. Deshalb wollte er der EU „eine Seele“ geben, ein solidarisches Gerüst, das auch identitätsstiftend sein kann. Diese Fäden gilt es wieder aufzunehmen.

I Die Entwicklung der EU

Entfesselte Globalisierung

Zweifelsohne hat sich die wirtschaftliche Realität geändert. So ist Globalisierung in aller Munde und Begründung für alle möglichen Handlungsweisen geworden. Ralf Dahrendorf formuliert: "Auf einmal musste die Globalisierung für alles herhalten – für die Schließung von Postämtern auf dem Land, die Verminderung des Rettungsdienstes in großen Städten, für die Abschaffung der Preisbindung für Bücher und anderes mehr. Globalisierung wurde zum großen Alibi, meist für wachsende Gewinne bei schrumpfenden Dienstleistungen [...] eines zunehmend gewinnorientierten Kapitalismus, der die Fesseln korporatistischer Einbindung, langfristiger Verantwortung und sozialer Verpflichtung abgelegt hatte."

Mit dieser Beschreibung hat Dahrendorf durchaus Recht. Die Tendenz zur Globalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen ist nicht neu. Die kapitalistische Entwicklung wurde schon immer von der Internationalisierung der Warenströme begleitet und getragen, von der Internationalisierung der Kapitalbeziehungen und einer sich verstärkenden Arbeitsteilung.

Allerdings haben sich neuere Momente in den letzten Jahren herausgebildet. Die Prozesse sind wesentlich schneller und dynamischer geworden, neue Informations- und Kommunikationstechnologien haben den Übergang zu flexibleren und dezentralen Formen der Produktion ermöglicht, Auslandsinvestitionen und Produktions- / Standortverlagerung sind leichter geworden. Dies wird insbesondere von global agierenden Konzernen wahrgenommen. Bis zu einem Drittel des Welthandels ist ein Innerkonzernhandel. Das Wachstum von Handel und Auslandsdirektinvestitionen läuft sehr ähnlich. Es sind globale Wertschöpfungsketten entstanden. Und nach dem Zusammenbruch des COMECON werden die mittel- und osteuropäischen Staaten in die internationale Arbeitsteilung einbezogen.

Die Internationalisierung der ökonomischen Beziehungen vollzieht sich in einem rasanten Tempo. Dies zeigt sich selbst in einem Bundesland wie Niedersachsen, das nicht das Image trägt, besonderer Motor solcher Prozesse zu sein. Der Wert der Ausfuhren niedersächsischer Exporteure betrug im Jahr 1950 umgerechnet 303 Mio. Euro. 2004 waren es 56 Mrd. Euro, eine Steigerung um 17 510 %, durchschnittlich jährlich + 10,1 %. Die Einfuhrstatistik beginnt erst 1970 mit Einfuhren nach Niedersachsen in Höhe von 3 687 Mio. Euro. 2004 waren es 49 810 Mio. Euro – eine Steigerung um 1 251 %, durchschnittlich jährlich + 8,0 %. Im selben Zeitraum, also seit 1970, stieg der Wert der Ausfuhren um 781 % bzw. jahresdurchschnittlich um 6,6 %. Der Wert der unmittelbaren Direktinvestitionen niedersächsischer Unternehmen im Ausland stieg von 4,8 Mrd. Euro in 1987 bis auf 33,7 Mrd. Euro im Jahr 2003 – ein Zuwachs um 601 %. Gleichzeitig erhöhte sich der Wert der Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen in Niedersachsen von 1,8 Mrd. Euro im Jahr 1987 auf 12,8 Mrd. Euro 2003 – ein Zuwachs von 596 %.¹ Die Import-/Exportquote am BIP in Deutschland liegt bei ca. 40%, in 10 Jahren wird sie weit über 50% betragen.

Mit der Globalisierung verbesserten sich die Wettbewerbsbedingungen in den Industrieländern. Deutschlands Wirtschaft hat hier ganz besonders profitiert. (vgl. IMK-Report 4/2005 Deutschland - ein Welthandelsgewinner). Deutsche Auslandsdirektinvestitionen haben diese Position gestützt. Eindeutig sind die Arbeitsplatzeffekte durch die Exportwirtschaft gegenüber den Verlusten durch Produktions-/Standortverlagerung positiv. Die starke Exportorientierung Deutschlands mit einer stetigen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit (Lohnstückkosten steigen weitaus weniger als bei den Hauptkonkurrenten) beeinträchtigen allerdings die binnenwirtschaftliche Lage.

Durch den beschleunigten Globalisierungsprozess gibt es erhebliche Risiken und Angriffe auf die sozialen Verhältnisse. Die globale Wettbewerbssituation wird missbraucht, um die Sozialsysteme gegeneinander auszuspielen. Durch die verschärfte Konkurrenzsituation und durch die um sich greifende Wettbewerbsideologie wird zusätzlich Druck auf die Löhne ausgeübt; die Verteilung des Volkseinkommens geht zu Lasten der Einkommen der Arbeitnehmer.

¹ Daten: Niedersächsisches Landesamt für Statistik, Hannover 2006

Es gibt einen enormen Machtzuwachs der transnationalen Konzerne. Kapital entzieht sich zunehmend nationaler Kontrollmöglichkeiten und der Nationalstaat ist schon jetzt in seiner Rolle als Gestalter einer sozialen Wirklichkeit geschwächt. Weil die nationalen Politiken und die tradierten nationalen Instrumente immer weniger die Wirtschaftspolitik des Nationalstaates beeinflussen können, weil Arbeitsbeziehungen instabil werden und Mobilität, Flexibilität und Kurzfristigkeit dominieren, entsteht Politikverdrossenheit, die sich zu einer Krise der Demokratie ausweiten kann. Gleichzeitig wächst die Gestaltungskraft der EU auf vielfältigen Ebenen politischer, sozialer und ökonomischer Regulierungsmacht. Die gewerkschaftliche Handlungsebene hat sich damit eindeutig verschoben: der EU kommt eine zentrale Rolle zu.

Sozialmodell EU

Durch die EU kann der Globalisierungsprozess gestaltet und die transnationale Unübersichtlichkeit eingeschränkt werden. Die Voraussetzungen sind nicht schlecht. Die EU hat einen erheblichen wirtschaftlichen Eigenraum. 90 % der Wirtschaftsleistung werden in der EU erwirtschaftet. Die europäische Wirtschaft ist inzwischen so miteinander verflochten, dass zwei Drittel des Handelsvolumens in der EU sich realisiert. Innerhalb der EU gibt es ein hohes Niveau an Sozialstaatlichkeit - sowohl in den Mitgliedsländern als auch durch EU-Gesetzgebungen. Alle Mitgliedstaaten der Union weisen – bei unterschiedlicher Ausgestaltung im Einzelnen – gemeinsame Merkmale von Sozialstaatlichkeit auf, die insgesamt das Europäische Sozialmodell ausmachen. Natürlich lassen sich verschiedene Modelle sozialer Verfasstheit feststellen:

- das eher liberale angelsächsische Modell;
- das universalistische, sozialdemokratische nordische Modell;
- das korporatistische kontinentaleuropäische Modell;
- die korporatistische und traditionsgebundene Mittelmeer-Variante.

Gemeinsam ist aber allen das Bewusstsein, dass soziale Gerechtigkeit und sozialer Ausgleich der ökonomischen Entwicklung zugute kommen und kein bloßer Kostenfaktor sind, so wie auch die ökonomische Entwicklung dem sozialen Ausgleich zugute kommen muss.

Die Ausprägung des Europäischen Sozialmodells auf der europäischen Ebene war von Widerständen begleitet – auch gerade in Deutschland. Erinnerung sei nur an die Anfänge der Armutsbekämpfung, die Anfänge des Europäischen Sozialfonds in der präventiven Arbeitsmarktpolitik oder die Arbeitsschutzgesetzgebung.

Seit Jacques Delors Anfang der 90er Jahre den Begriff des Europäischen Sozialmodells populär gemacht hat, wurde es zunächst als politisch-normativer Gegenentwurf zum Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell der USA etabliert. In den 90er Jahren sind über 60 Prozent der EU-Sozialgesetzgebungen entstanden. Zudem sind ganz entscheidende Weichen gestellt worden, die einen großen Schritt zu einer demokratisch vertieften, politischen Union bedeuten: so wurde mit dem Amsterdamer Vertrag die Grundlage der EU breit gefasst und die Sozialcharta in den Vertrag aufgenommen; das Mitentscheidungsverfahren bei der Gesetzgebung wurde als demokratisches Gesetzgebungsverfahren eingeführt.

Diese Entwicklung findet sich auch im Entwurf des Vertrages über eine Verfassung für Europa wieder: Artikel 3.3 lautet: "Die Union strebt die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums an, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt."

In vielen Gesetzgebungen (ca. 80) der EU drückt sich das Sozialstaats-Verständnis mit dem Ziel aus, ungehemmtes Wirtschaftshandeln zu zügeln - übrigens im krassen Unterschied zu anderen Regionen der Welt. Diese Gesetzgebungen setzen Standards - in der Regel Mindeststandards - für die gesamte EU, z.B. in der Arbeitsschutzrahmengesetzgebung, bei der Bildschirmrichtlinie, beim Tragen schwerer Lasten, beim Lärmschutz, bei den Richtlinien zum Mutterschutz, zur Arbeitszeit, zum Jugendarbeitsschutz, zum Elternurlaub, zur Teilzeitarbeit, der Entsenderichtlinie, beim gleichen Lohn für gleiche Arbeit, bei der Richtlinie gegen Diskriminierung, in der Gesetzgebung zu den Eurobetriebsräten, bei der Informations- und Konsultations-Richtlinie und bei den Vorschriften für die Europäische Aktiengesellschaft. Dem gleichen Ziel dienen die Europäische Strukturpolitik, der Soziale Dialog, das Beschäftigungskapitel im Amsterdamer Vertrag u.v.m. Diese Gesetzgebungen haben in der Regel in allen Mitgliedsländern Verbesserungen für die Beschäftigten gebracht. Insofern hat sich auch real ein europäisches Sozialmodell entwickelt. Es ist nicht länger nur der Traum von Europa-Optimisten.

Defizite

Die Anfänge der Europäischen Einigung waren zweifelsohne zunächst von wirtschaftlichen Erwägungen geprägt. Daraus resultiert nach wie vor ein Ungleichgewicht, das sich in vielen Einzelregelungen der Europäischen Verträge widerspiegelt. Dennoch waren der Binnenmarkt und die Währungsunion durchaus erfolgreiche Ansätze, insbesondere auch für die deutsche Ökonomie.

Gerade die Währungsunion macht diese Ambivalenz deutlich. Auf der einen Seite haben Unternehmen und gerade die deutsche Wirtschaft vom Wegfall der Wechselkursschwankungen profitiert. Diese können aber andererseits auch nicht mehr als Steuerungsinstrument für die Wettbewerbsfähigkeit genutzt werden, was den Druck auf die Steuer- und Sozialsysteme verstärkt. Insbesondere weil Deutschland sich durch das Senken der Lohnstückkosten Wettbewerbsvorteile erworben hat, gibt es neue Kontroversen. In Italien wurde wegen der Verschlechterung der eigenen Position bereits der Austritt aus der Eurozone diskutiert.

Nur durch das geringere Wirtschaftswachstum ist zur Zeit dieser Wettbewerbsvorteil Deutschlands für die Partner akzeptabel, übt aber Druck auf deren wirtschaftspolitische Praxis aus. Zweifelsohne ist es ein gewichtiges Konstruktionsdefizit, wenn die auf Preisstabilität ausgerichtete Geldpolitik allein in den Händen der EZB liegt, es aber keine koordinierte Wirtschafts- Steuer- und Finanzpolitik gibt. Zudem zwingt der Stabilitäts- und Wachstumspakt die nationalen Fiskalpolitiken ein; konjunkturgerechtes Verhalten wird behindert.

Aufgrund dieser Schieflage wird der Druck auf die verbleibenden makroökonomischen Stellschrauben größer. Wettbewerbsfähigkeit und

Beschäftigungslage soll mittels einer restriktiven Lohnpolitik verbessert werden. Real wurden immer mehr Kompetenzen der EU übertragen, ohne dass sich damit ein öffentlicher Diskurs und eine transparente und demokratische Struktur der EU in gleichem Maße entwickelten. Die EU verbleibt weitestgehend eine Angelegenheit der Eliten. Dies jedoch auch, weil die nationalen Politiken die EU-Regelungen häufig noch als eigene Erfolge darstellen bzw. verkaufen.

Kursänderung in der EU

Ebenso gewichtig wie die noch bestehenden vertraglichen Defizite ist die neoliberale Kursänderung in der EU, die den Konsens der Sozialstaatlichkeit und den weiteren Fortschritt gefährdet. Wir haben eine Stärkung marktradikaler Kräfte in der EU zu verzeichnen. Das Credo dieses Kurses ist, nicht mehr gemeinsame Standards und Handlungsoptionen zu entwickeln, sondern den Wettbewerb zum allein gültigen Prinzip zu erheben. So soll der gemeinsame Wirtschafts- und Sozialraum immer größer sein als der Geltungsbereich von Regulierungen. Damit gibt es Wettbewerb zwischen den Regulierungsansätzen. Durch diesen veränderten politischen Kurs wird der Wettbewerbsdruck auf alle Sicherungssysteme verstärkt. Ohne allgemeine Standards und koordiniertes Handeln ergibt sich aber die Möglichkeit, die Beschäftigten in den verschiedenen Ländern gegeneinander auszuspielen. Das Drohpotenzial verfestigt sich und der Ausbau von sozialen Leistungen und Lohnerhöhungen werden gebremst. Prägnant wird dieser veränderte Kurs von der DB-Resaerch formuliert::

„EU-Sozialpolitik darf Standortwettbewerb nicht aushebeln“
„In vielen Fällen problematisch ist hingegen die Tendenz, gemeinsame Standards für Sozial- und Schutzrechte festzuschreiben. Dieses vor allem in den 90er Jahren ausgeprägte Bestreben resultiert aus zwei unterschiedlichen Motiven.“

Zum einen ist es der Versuch, die Sozialpolitik als Triebkraft oder zumindest als feste Klammer der Europäischen Integration einzusetzen. Zum anderen wollten Sozialpolitiker und andere Interessengruppen auf diese Weise sozialpolitisch unerwünschten Folgen der Globalisierung, aber auch der EU-Osterweiterung entgegenwirken, insbesondere der möglichen Erosion hoher Sozialstandards in den etablierten Sozialstaaten.

Beide Ansätze sind grundsätzlich verfehlt. Das Niveau der Schutzrechte und der Umfang staatlicher Sozialleistungen sollten dezentral geregelt werden. Nur so besteht die Chance, dass Lösungen etabliert werden, die den Präferenzen der Bürger entsprechen. Zugleich sind der Sozialschutz und die damit korrespondierenden Kosten wichtige Parameter im Wettbewerb der Standorte.“

3. Dezember 2004

Diese Kursänderung ist Ausdruck der deutlich veränderten politischen Mehrheiten in der EU. Sie darf nicht als Versagen der EU missverstanden werden und damit zu einer starken, manchmal pauschalen Kritik an der EU an sich führen. Das Aufgeben des Gestaltungsanspruches durch und mit der EU würde nur denjenigen nützen, die ganz gut ohne Regulierungen auskommen können. "Es gibt", so hat es Jürgen Habermas formuliert, "das Risiko, dass die EU auf dem Niveau der Ohnmacht verharrt und die Neoliberalen daraus Honig saugen." Manche Diskussionen um den Entwurf des Verfassungsvertrages haben genau hier versagt. Die realen Verbesserungsmöglichkeiten durch den Verfassungsvertrag für die Gestaltungsmöglichkeiten in der EU gegenüber dem Ist-Zustand des Vertrages von Nizza wurden in der Diskussion kaum erörtert. Eine fundamentale Ablehnung des vorherrschenden neoliberalen Wirtschaftskurses stand im Vordergrund. Es gilt, den Spagat zu leisten, die

realen Verbesserungspotentiale zu verankern und gleichzeitig die Schwächen des Vertragsentwurfes zu verringern.

Lissabon, wir haben ein Problem!

Die Lissabon-Strategie war ursprünglich ein sozialdemokratisch geprägtes Projekt. Ihre Grundlagen wurden im Jahr 2000 von dem portugiesischen, sozialistischen Premierminister Antonio Guterres und anderen gelegt. Mit Strukturreformen der Angebots- und Nachfrageseite, der Entwicklung der Wissensgesellschaft und einer Verbesserung der Regelungsfunktion der EU sollte das erneuerte Europäische Sozialmodell stabilisiert werden.

Vor dem Hintergrund des veränderten Kurses in der EU ist es in den letzten Jahren zu heftigen Auseinandersetzungen über die Zukunft der Lissabon Strategie gekommen. Viele politische Akteure haben inzwischen versucht, diese ehemals doch stark sozialdemokratisch geprägte Lissabon-Strategie auf eine reine Wettbewerbsstrategie auszurichten. Das politische Ziel der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung durch die Erhöhung der Beschäftigungsquoten (70 % insgesamt, 60 % für Frauen und 50 % für ältere Arbeitnehmer bis zum Jahr 2010) steht jedoch noch. Auch die aktive Bekämpfung der wachsenden Armut in Europa und die beim Europäischen Gipfel in Göteborg 2001 vereinbarten Nachhaltigkeitsziele sind formal noch auf der Tagesordnung. Koordinierte markroökonomische Aktivitäten und die soziale Kohäsion gingen aber leider über Bord.

Faktisch findet eine abgestimmte Wirtschafts-, Steuer- und Fiskalpolitik immer weniger statt. Es gibt mehrheitlich eine Strategie zur einseitigen Verbesserung der Angebotsbedingungen. EU-Kommissionspräsident Barroso wollte z.B. die EU-Strukturförderung für 2007-2013 völlig eindampfen und die Mittel allein zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit einsetzen. Auch in der Gesetzgebung zeigt sich der veränderte Kurs: Die überfällige Revision der Richtlinie über Europäische Betriebsräte wird nicht angegangen. Eine bereits auf den Weg gebrachte Gesetzgebung zum Schutz von Leiharbeitnehmern/innen ist blockiert.

Kursänderung und Erweiterung

Und diese Kursänderung in der EU trifft seit dem 1. Mai 2004 auf die EU-25-Realität. Dem ursprünglichen, großen Ziel der Europäischen Integration, dauerhaft Frieden, Sicherheit, politische Stabilität und wirtschaftliches Wachstum auf dem europäischen Kontinent zu erreichen, ist die Europäische Union durch die Osterweiterung ein großes Stück näher gekommen.

Für die Erweiterung haben die Menschen in den Beitrittsländern erhebliche Anstrengungen unternommen, um den Transformationsprozess durchzuführen und die Anforderungen der EU zu erfüllen. Eindeutiger Gewinner der EU Erweiterung sind die alten Mitgliedstaaten, allen voran Deutschland (z.B. durch deutliche Exportüberschüsse, einen sichereren Rechtsrahmen in neuen Märkten und die Übernahme von EU-Gesetzgebungen in den neuen Mitgliedstaaten). Mit der EU-Osterweiterung sind in den alten EU-Ländern Hoffnungen – aber auch viele Ängste verbunden, vor allem bezogen auf mögliche Verschlechterungen für die Wettbewerbssituation und für die Arbeitsmärkte.

Die Erweiterung des europäischen Wirtschaftsraumes bedeutet keine grundsätzliche Gefährdung des Sozialmodells, ist aber eine große Herausforderung. Die Arbeitsteilung hat sich beschleunigt, neue Konkurrenzen sind entstanden. Diese Situation kommt den Apologeten des veränderten Kurses in der EU gerade recht. Von neo-liberaler Seite wird in der Erweiterung die Chance gesehen, die Europäische Union zurechtzustutzen und überflüssig erscheinende Regulierungen abzubauen. Dies ist keine Unterstützung eines Anpassungsprozesses, sondern eine weitere Durchlöcherung bestehender Schutzmechanismen. Besonders deutlich wird das bewusste Anheizen der Konkurrenz in dem marktradikalen Vorschlag der EU-Kommission für eine Dienstleistungsrichtlinie. Der Versuch, das Herkunftslandprinzip als Maßstab für die Erbringung von Dienstleistungen durchzusetzen, legt in einer Situation der Angriffe auf bestehenden Arbeitsbeziehungen zusätzlich Hand an.

Erweiterung und Interessen

Es ist klar, dass wir keine Wettbewerbsspirale nach unten haben wollen, die die sozialen Zusammenhänge sprengt und die Finanzierungsgrundlagen der Staaten ruiniert. Allerdings muss auch deutlich gesagt werden, dass diese Phänomene eben nicht von der Erweiterung oder von neuen Mitgliedstaaten hervorgerufen werden. Vielmehr spiegelt sich der augenblickliche wirtschaftspolitische „Mainstream-Wind“ wider, der auch in den alten Mitgliedstaaten bestimmend ist.

In den Mitgliedsstaaten herrscht ein Denken in kurzfristiger Standortlogik vor, aus dem Steuersenkungswettläufen folgen. Dieses Wettbewerbsspirale-Denken lässt sich deutlich in der Haltung der britischen Regierung erkennen, und auch viele CDU- und FDP-Politiker treten für diesen Ansatz ein. Sie wollen ja nicht nur den Steuerwettbewerb zwischen Mitgliedstaaten der EU, sondern doch am besten auch noch zwischen Bundesländern (Stilblüten in dieser Richtung findet man in der Föderalismusdebatte zu Hauf).

Ein Interesse an einem Zurückdrängen der europäischen Sozialstaatlichkeit gibt es augenblicklich bei vielen politisch Handelnden auf der europäischen Bühne, aber man findet es ebenso häufig in den Mitgliedstaaten – und das nicht erst seit der Erweiterung. In der größten deutschen Boulevardzeitung kann man fast tagtäglich nachlesen, wie europäische Ansätze sturmreif geschossen werden sollen.

Erweiterung und Missbrauch

Bestehende Befürchtungen und Ängste werden durch den vielfältigen Missbrauch der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Niederlassungsfreizügigkeit verstärkt, die zwar nicht ursächlich mit der Erweiterung zusammenhängen, aber gerne in den Kontext gestellt werden.

Deutschland zum teil unterhalb von EU-Sozialstandards

Dies ist nicht allein ein EU-Problem. Bei der Bekämpfung dieser Missbräuche sind hier in Deutschland, Regierung, Parteien und Gewerkschaften gefragt. Dass es in Deutschland keinen Mindestlohn gibt, hat nicht die EU zu verantworten. Das gleiche gilt im Bereich der gegenseitigen Anerkennung der Berufsabschlüsse.

Die Entsenderichtlinie regelt die Arbeitsbedingungen und Rechte für entsandte ArbeitnehmerInnen. In Deutschland sind die Möglichkeiten dieses EU-Gesetzes nicht ausgeschöpft worden: Die Richtlinie gilt bei uns nur für die Baubranche. In der Koalitionsvereinbarung wird die Ausweitung auf Reinigungskräfte ins Visier genommen. Eine Ausweitung auf sämtliche andere Bereiche mit Ausnahme der Hochseeschifffahrt wäre seit 1997 möglich gewesen.

Weitere Erweiterung

Unter den gegenwärtigen Bedingungen nähert sich die Europäische Union mit der letzten großen Erweiterung nach Osten und Südosten den Grenzen ihrer Belastbarkeit. Eine grenzenlose Erweiterung ist für den inneren Zusammenhalt und die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union nicht tragbar. Der Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und Kroatien am 3. Oktober 2005 markiert das vorläufige Ende der EU-Erweiterungsrunden. Um eine solidarische Erneuerung der EU anzugehen, brauchen wir eine deutliche Entschleunigung des Erweiterungstempos.

Erweiterung und Verlagerung

Das jüngste Eurobarometer zeigt, dass 84 Prozent der in Deutschland Befragten Angst vor der Verlagerung von Jobs in EU-Länder mit niedrigeren Lohnkosten haben. Diese Befürchtungen haben einen rationalen Kern und spiegeln aber auch die Erpressungsversuche gegen soziale Leistungen und Entlohnung in Deutschland wider.

Untersuchungen zeigen, dass aus Deutschland Arbeitsplätze in die Erweiterungsstaaten verlagert worden sind, und zwar nicht erst seit dem Beitritt der 10 neuen Mitgliedstaaten am 1. Mai 2004. Arbeitsplätze (in Deutschland und in den "alten" EU-Mitgliedstaaten) gehen durch die globalisierte Arbeitsteilung verloren. Aber marktorientierte Direktinvestitionen in den Erweiterungsländern haben auch deutliche Arbeitsplatzeffekte in Deutschland (z.B. Stärkung des Unternehmens, Ausweitung von höherwertigen Dienstleistungen, Modernisierung der Industrie). Durch die Markterschließung sind zusätzliche Arbeitsplätze in Deutschland, insbesondere in den Exportindustrien, entstanden. Die Gesamtbilanz ist hier entscheidend. Zweifelsohne tragen die Direktinvestitionen in den Erweiterungsländern zu deren stärkerem Wachstum bei. Damit werden die Unterschiede zu den alten EU-Mitgliedsstaaten kleiner. Eine veränderte Standortpolitik und die damit verbundenen Unternehmensumstrukturierungen hat es laufend gegeben. Allerdings waren die Motive meistens andere als die reinen Lohnkosten: am häufigsten gab es bisher Produktionserweiterungen für neue Märkte, dann interne Umstrukturierungen, Insolvenzen, Verschmelzungen und Übernahmen.

Offensichtlich mehren sich aber die Fälle, bei denen nur aufgrund günstigerer äußerer Bedingungen Betriebe oder Betriebsteile 1:1 rein kostenorientiert verlagert worden sind (AEG Nürnberg, Otis Stadthagen). Damit werden schlicht Arbeit und regionale Zusammenhänge zerstört und die Produktion zu besseren Kostenbedingungen woanders wieder aufgenommen. Diese Form der Verlagerung hat deutliche negative Arbeitsplatzeffekte in Deutschland. Eine rein kostenorientierte Neuverortung vollzieht sich besonders in schrumpfenden Märkten und lohnintensiven Produktionen. Die Lohnkosten-vorteile ergeben sich aus der Wettbewerbsposition Deutschlands und den schwachen Gewerkschaften in den Beitrittsländern. Insofern bleibt die Lohnentwicklung dort

schwierig, wiewohl es in einzelnen Branchen und Regionen deutliche Aufholprozesse gegeben hat.

Die Diskussion über die Zulässigkeit von reinen Neuverortungen und deren Förderung mit öffentlichen Mitteln hat sich zu Recht verstärkt. Insbesondere EU-Förderinstrumente sind in den Blick gekommen. Bundeswirtschaftsminister Glos hat hier eine gute Kante gefunden, mit der über die EU geschimpft werden kann. Mit diesem „Sündenbock“ bleibt das konkrete Verhalten der Unternehmer und die falsche Wirtschaftspolitik draußen vor.

Die öffentliche Wahrnehmung dieses Problems und die statistisch messbare Realität klaffen auseinander. Leider gibt es bisher nur wenig nachweisbare Fälle von einer ungerechtfertigten Unternehmensverlagerung mit EU-Förderung. Ein großer Anteil der Unternehmensförderungen wird zudem nicht, wie gerne suggeriert, durch die Europäische Union, sondern durch die Mitgliedsstaaten selbst oder die Regionen und Kommunen geleistet.

Darum ist es nötig, die Fakten offen zu legen, um daraus klare Kriterien für die öffentliche Wirtschaftsförderung zu entwickeln. Wir brauchen auf allen Ebenen ein klares und transparentes System der Förderung von Unternehmen, das keinen Missbrauch zulässt. Und dies können nur europäische Regulierungen und deren Kontrolle sein. Die Diskussion um Arbeitsplatzverluste durch Standortverlagerung ist aber häufig auch ein Erpressungsversuch, um den Beschäftigten Sonderleistungen abzurufen.

II Solidarische Erneuerung der EU

Obgleich die EU politisch und ökonomisch gerade heute besonders notwendig ist, hat sich die hohe Zustimmung zur Mitgliedschaft in der EU in Deutschland seit Anfang der 90er Jahre deutlich verflüchtigt, insbesondere aufgrund der Kursänderung im Mainstream der Mitgliedstaaten und in der EU-Politik (über 10 % minus, jetzt bei 57 %). Nur euroskeptische Länder wie Finnland, Schweden, Österreich und Großbritannien haben schlechtere Werte. Die EU wird deutlich zurückhaltend bewertet, nur 43 % bekunden ein positives Bild von der EU. Ähnlich verhält es sich mit der Frage, ob man glaubt, dass Deutschland einen Nutzen von der Mitgliedschaft hat (46% Ja, 45% Nein). 45% der Befragten betrachten den Einfluss der EU auf den Lebensstandard als negativ. Insbesondere vor der Einführung des EURO und vor der letzten Erweiterungsrunde gab es starke negative Ausschläge.

Zentrales Problem der europäischen Einigung ist für viele Deutsche nach wie vor die mögliche Verlagerung von Arbeitsplätzen in EU-Mitgliedsländer mit geringeren Lohnkosten (85%). Mit der Angst um den Arbeitsplatz wächst auch die Furcht vor dem Verlust von Sozialleistungen: 74% der Ostdeutschen (+1) und 66% der Westdeutschen (+4) verstehen die europäische Einigung als Abbau von sozialer Sicherheit. In Ost- wie in Westdeutschland wird der EU auf diesem Politikfeld alles in allem ein Scheitern unterstellt: 51% (+2) der Deutschen sind dieser Meinung.² Durch die Vernachlässigung der sozialen

² Daten aus: EUROBAROMETER 65, DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION, FRÜHJAHR 2006

Dimension, eine jetzt vorherrschende neoliberale Politik und durch das Fehlen der demokratischen Legitimation wird die EU nicht mehr als wünschenswerte Handlungsebenen wahrgenommen.

Das Projekt EU wurde bisher kaum als das eigene begriffen und es wurde eben so wenig als ein Instrument zur Verbesserung der eigenen Lage gesehen. Es gibt zu wenig Identifikationsmöglichkeiten mit Europa. Noch ist die Nation die primäre Bezugsgröße. Die Menschen haben Befürchtungen hinsichtlich ihres Arbeitsplatzes, ihres Wohlstandes und ihrer sozialen Lage. Hinzu kommt das Gefühl, dass die politischen Eliten diese elementaren Fragen nicht zur Kenntnis nehmen und sich darüber hinwegsetzen. Angesichts dieser Herausforderungen sind Gewerkschaften in besonderer Weise gefordert, die Sinnhaftigkeit der Europäischen Integration angesichts der globalen ökonomischen und sozialen Fragen aufzuarbeiten. Hier begründet sich deutlich die Notwendigkeit, den öffentlichen Diskurs über die Inhalte der europäischen Politik zu verstärken und den Gehalt der EU-Politik wieder auf Kurs Sozialmodell zu bringen.

Die solidarische Erneuerung der EU steht vor der Schwierigkeit, unterschiedliche Elemente der Regulierung und Handlungsoptionen zusammenzubinden. Sie ist kein rein auf der europäisch-gesetzgeberischen Ebene zu verortendes Projekt wie der Binnenmarkt oder die Währungsunion. identitätsstiftend kann es werden, wenn die verschiedenen Elemente in ein normatives Gesellschaftsmodell gebündelt werden können.

Damit wird auf dem Europäischen Sozialmodell aufgebaut und zeitgemäß weiterentwickelt, Dazu tritt die Weiterentwicklung der demokratischen Strukturen der EU.

Für ein solches Projekt muss sehr genau geprüft werden, wo Ansatzpunkte und wo Bündnispartner zu finden sind. Aussicht auf Erfolg hat nur ein gemeinsam von den fortschrittlichen Kräften in Europa getragenes Projekt. Zur Zeit gibt es gerade im Lager der Linksparteien und der Gewerkschaften fundamentale Unterschiede.

Mit der Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik Deutschland im ersten Halbjahr 2007 ist ein solcher Ansatzpunkt für die Auseinandersetzung im nationalen Rahmen gegeben. Dabei verknüpft sich die Auseinandersetzung in Deutschland um den richtigen wirtschaftspolitischen Kurs mit der Frage, wie sich Deutschland auf der europäischen Ebene aufstellt.

2008 steht eine Mid-term-review der zentralen EU-Politiken an, 2009 sind die nächsten Europawahlen. Bis dahin müssen wir auf nationaler und europäischer Ebene so vorbereitet sein, dass wir diese Termine nutzen können, um nachhaltig Einfluss auszuüben.

III Gewerkschaftliche Handlungsansätze für eine solidarische Erneuerung der EU

Gewerkschaften müssen Schritte zur solidarischen Erneuerung und eigene Europäisierung vorantreiben

Gewerkschaften als starke Kraft der sozialen Erneuerung müssen zum einen die Positionen für eine solidarische Erneuerung der EU entwickeln und sie

national wie europäisch besetzen und vorantreiben. Zusätzlich muss der Widerspruch zwischen der Europäisierung der Produktions- und Handelsbeziehungen, der unternehmerischen Strategien und der politischen Entscheidungsstrukturen auf der einen Seite und dem starken Verbleiben gewerkschaftlicher Politik und Organisationsstrukturen in nationalstaatlichen Bezügen auf der anderen Seite überwunden werden. Der Prozess der eigenen Europäisierung der Gewerkschaften ist weiter voranzutreiben.

Gute Ansätze europapolitischer Aktivitäten der Gewerkschaften

Gewerkschaften haben hier ein großes Potential dazu. Es gibt mehr europapolitische Aktivitäten als gemeinhin bewusst. Einige seien genannt. So gibt die Zusammenarbeit in den Europäischen Bündeln. Darunter entstehen tragfähige Konzepte, wie etwa die Tarifvereinbarung zur persönlichen Qualifizierung im EMB. Im Rahmen des Sozialen Dialoges konnten Abkommen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen geschlossen werden. In vielen Gewerkschaften gibt es eine rege Auseinandersetzung mit der Wirtschafts- und Handelspolitik der EU, eine Begleitung der Arbeitnehmerfreizügigkeit und Veränderungen im Arbeitsrecht. Es findet eine Auseinandersetzung mit einzelnen EU-Gesetzgebungen statt. Der DGB hat ein kleines Verbindungsbüro in Brüssel. Einzelne Gewerkschaften haben spezifische Organisationseinheiten zur EBR-Arbeit. Regionale Aktivitäten zur EBR Unterstützung gibt es z.B. mit dem EBR-Netzwerk Niedersachsen. Einzelne grenzüberschreitende Zusammenarbeit auch in Tariffragen hat sich entwickelt (NRW –NL-B, Bayern – TR –SI, Brandenburg – P). In den IGR gibt es viele interessante Projekte der Kooperation. Und besonders zu erwähnen ist die vielfältige Beteiligung von Gewerkschaften an EU-Projekten, sei es im Rahmen der EU-Strukturförderung, der EU-Kommunikationsmaßnahmen, des 6. Forschungsrahmenprogramms oder des Sozialen Dialoges. Ein besonders Projekt in diesem Zusammenhang ist das EU-geförderte Projekt: "General Motors Europe Employees Cooperation". In dem Projekt geht es um die Gestaltung des Entscheidungsprozesses für die neue sogenannte Delta II Plattform (Astra + Zafira) von GM durch die betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertreter der beteiligten 5 Standorte. Verbunden mit dem Projekt ist das Zusammenwirken, um Werkschließungen zu verhindern und eine gerechte Verteilung zu erzielen. Zudem geht es um das Herstellen der Europäischen Verhandlungsfähigkeit, so dass ein Rahmenabkommen mit General Motors Europa verhandelt werden. Hier wird zentrale gewerkschaftliche Interessenspolitik durch ein EU-Projekt auf europäischer Ebene gestärkt.

Allerdings ist trotz dieser Vielfalt von Ansätzen einer stärkeren europäischen Ausrichtung häufig diese EU-Arbeit nicht zentral verortet. Sie entsteht eher zufällig und im Kontext der Notwendigkeiten. Insofern gibt es zwar ein Grundgerüst, das aber dringend neu justiert werden muss: EU-Arbeit muss zukünftig Inlandsarbeit sein und somit zentral verortet werden.

Gewerkschaften machen sich auf den Weg

In vielen Bereichen ist erfreulicherweise diese Neujustierung der europolitischen Arbeit in den Gewerkschaften festzustellen. Zwei Beispiele seien nur genannt:

- Projekt Europäisierung der IG Metall

Mit der Otto-Brenner-Konferenz 2006 beginnt eine Debatte um eine Neujustierung der IG Metall zur stärkeren Europäisierung der Organisation. Es soll der „Europäisierungsrückstand“ aufgeholt werden, eine dauerhafte, verstärkte europapolitische Praxis der IG Metall entstehen und eine nachhaltige Stärkung der europäischen Strukturen umgesetzt werden. Europa soll auf allen Ebenen der Organisation selbstverständlich werden. In den nächsten Monaten werden mögliche Handlungsfelder mit Experten aus Wissenschaft und Betrieben im Rahmen des Projektes „Europapolitisches Mainstreaming“ näher erarbeitet. Dabei soll die Debatte nicht auf Deutschland beschränkt, sondern sie soll sein europaweit geführt werden. Münden soll die Arbeit in einem „Europapolitisches Memorandum“.

- Initiative Trendwende des DGB

Im Rahmen der Initiative Trendwende des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften sind sechs Projekte aufgelegt worden, die Mitgliederorientierung, Außenwirkung und Zusammenarbeit im Focus haben, um so die gewerkschaftliche Kraft zu stärken. Weitere Projekte befinden sich noch in der Vorbereitung, z.B. das Projekt 7 zur Stärkung der Europapolitik (Einfluss in Europa stärken, nationales Handeln verlassen)

In diesen Ansätzen wird es um die Aufarbeitung von drei Bereichen gehen. Zum einen müssen die politischen Vorstellungen für eine Erneuerung der EU präzisiert, die eigenen Handlungsmöglichkeiten verstärkt und organisationspolitische Konsequenzen vorbereitet werden.

A) Anforderungsprofil an die nationale und europäische Politik für die solidarische Erneuerung der EU

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist ein Anforderungsprofil für die solidarische Erneuerung der EU zu entwickeln. Es muss eindeutig auf die Verbesserung der Lebensbedingungen und auf die Beschäftigung ausgerichtet sein und öffentlich wirksam vertreten werden:

- **Für eine neue EU-Verfassung:** Wir müssen den Prozess der Neuformulierung der vertraglichen Grundlagen der EU mit Leben füllen. Stärkere demokratische Strukturen und ein klareres soziales Profil sind von einer neuen vertraglichen Grundlage zu erwarten, die die Grundlage für die "Vereinigten Staaten von Europa" bilden können. Die Teile I und II des bestehenden Entwurfes für einen Verfassungsvertrag scheinen tragbar, aber die Regelungen der konkreten Umsetzung und das demokratische Gefüge muss deutlich verbessert werden.
- **Gegen neoliberalen Mainstream in der Kommission:** Eine solidarische Erneuerung der EU erfordert eine offensive Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Mainstream in der EU-Kommission. Kommissionspräsident Barroso und sein Think-Tank müssen die Meinungsführerschaft verlieren. Es darf Barroso nicht gelingen, seine Wiederwahl 2008 mit wirtschaftsnahen Vorzeigeprojekten zu sichern. Insofern sind durch die Gewerkschaften deutliche Impulse über die Politik der EU-Kommission in den

öffentlichen Diskurs einzubringen und positive europäische Regulierungen als Handlungsoptionen kommunizieren.

- **Für eine europäische „Wirtschaftsregierung“:** Wir müssen eine europäische „Wirtschaftsregierung“ mit einer effektiven Koordinierung der Steuer- und Haushaltspolitik und einer wirksamen Begrenzung von Steuerdumping einfordern. In einem einheitlichen Währungsraum muss auch einheitlich wirtschaftspolitisch gehandelt werden; sonst bleibt es bei dem Wettbewerb der günstigsten Löhne und Sozialsysteme. Ein Währungsraum mit einer zentralisierten Geldpolitik erfordert zwangsläufig eine koordinierte Politik für Wachstum und Beschäftigung. Gerade von Deutschland als einem großen Profiteur der Währungsunion sind Impulse zu erwarten - und keine Bremserrolle. Der Makro-Ökonomische Dialog muss als Ausgangspunkt für ein verbindliches Instrument weiterentwickelt werden, das durch das Europäische Parlament demokratisch kontrolliert wird. Die ursprünglichen Ansätze der Lissabon-Strategie können nur so in konkretes Handeln umgesetzt werden und verbleiben nicht Schönwetterziele. Eine haushaltspolitische Koordinierung könnte zu gemeinsamen und nachhaltigen Investitionen führen.
- **Unternehmenssteuern angleichen:** Wir brauchen abgestimmte Körperschaftssteuern in der EU mit Mindestsätzen und angeglichenen Bemessungsgrundlagen für die Erhebung der unternehmensbezogenen Steuern. Hier bewegt sich etwas. Auf diesem äußerst steinigen Weg muss Druck gemacht werden. Europaweit agierende Kapitalgesellschaften sollten einer EU-einheitlichen Besteuerung unterliegen.
- **Für eine aktivere Industriepolitik:** Wir brauchen eine aktivere Industriepolitik. Der neue Ansatz der EU-Kommission eines integrierten Konzeptes für die Industriepolitik mit sektorübergreifenden Initiativen kann zum Ausgangspunkt dafür werden. Die europäische Industrie ist in ihrem Umstrukturierungsprozess aktiv zu begleiten; Innovationen in Produkte und Prozesse sind voranzubringen, Wachstums- und Beschäftigungspotenziale zu fördern.
- **Graue Kapitalmärkte kontrollieren:** Die Europäische Union muss eine Vorreiterrolle bei der Regulierung von Hedge- und Private-Equity-Fonds einnehmen. Wir brauchen eine starke Aufsicht, Kontrolle und Transparenz für die grauen Kapitalmärkte, durch die immer mehr Unternehmen Opfer kurzfristiger Profitrealisierungen werden (z.B. Grohe). Dazu gehören auch Regelungen, die nicht jede wackelige kreditfinanzierte Firmenübernahme möglich macht.
- **Langfristige Unternehmenspolitik:** Die Weiterentwicklung des europäischen Gesellschaftsrechtes muss klare Leitungs-, Kontroll- und Aufsichtsregeln beinhalten, die nicht den Interessen kurzfristiger Börsengewinnen entsprechen, sondern auf eine solide unternehmerische Perspektive ausgerichtet sind. Arbeitnehmer tragen das Risiko des Arbeitsplatzverlustes und Einkommenseinbußen und müssen deshalb adäquat bei den Entscheidungs- und Kontrollstrukturen beteiligt werden.

- **Unternehmensverlagerungen überwachen und nicht fördern:** Die Forderungen des Europäischen Parlamentes zu Unternehmensverlagerungen sind zu unterstützen und weiterzuentwickeln. Unternehmen, die Arbeitskräfte an ihrem ursprünglichen Standort entlassen und die Standorte innerhalb der EU verlagern, dürfen keine öffentlichen Beihilfen für die neuen Standorte erhalten. Auch sollten sie für einen längeren Zeitraum von der EU-Strukturförderung ausgeschlossen werden. Die EU Kommission muss Mechanismen über die Rückerstattung von Beihilfen für Unternehmen entwickeln, die sich nicht an die Bedingungen für die Gewährung von Beihilfen halten und Standortverlagerungen innerhalb der EU und nach außerhalb vornehmen. Antizipation, Überwachung und Beobachtung der Standortverlagerungen innerhalb, aber auch außerhalb der Union könnte z.B. die europäische Beobachtungsstelle des industriellen Wandels in Dublin leisten.
- **Einsatz der Strukturfondsmittel optimieren:** Bei dem Midterm-Review des Haushalts 2008 und damit den Strukturfonds brauchen wir eine optimierte Ausrichtung auf Beschäftigungsförderung. Eine Deformierung werden Gewerkschaften nicht mittragen. Bei der Formulierung der gewerkschaftlichen Position zum Midterm-Review-Prozess wird sehr genau die Steuerdumpingpraxis und die Umsetzungserfolge der Strukturfondsmittel in einigen Ländern zu bewerten sein. Die Strukturpolitik muss reale Divergenzen aufgreifen und entsprechend regionalökonomische Schwerpunkte setzen.
- **Europäische Betriebsräte stärken:** Europäische Betriebsräte sind ein ganz zentraler Baustein für die Europäisierung der Arbeitsbeziehungen. Die Informations- und Anhörungsrechte der EBR sind aber unzureichend. Gerade bei Umstrukturierungsprozessen sind starke EBRs nötig, um ein Gegeneinander-Ausspielen von Standorten zu verhindern und eine solidarische Interessenspolitik zu ermöglichen. Eine Revision der Richtlinie, um die Arbeitsmöglichkeiten der EBR zu verbessern und den Geltungsbereich der Richtlinie auszuweiten, ist daher dringend nötig und muss ein gewichtiger Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Anstrengungen sein.
- **Gesetzgebung verschlanken und effizienter gestalten:** Der Prozess der „better regulation“ (Die Kommission schlägt die Aufhebung, Kodifizierung, Neufassung oder Änderung von 222 grundlegenden Rechtsvorschriften (alles in allem über 1 400 verknüpfte Rechtsakte) über die nächsten drei Jahre vor. Zunächst will man sich die Bereiche mit der größten Regulierungsdichte vornehmen, d. h die Vorschriften für Autos, Abfallwirtschaft und Baugewerbe. Andere Regelungsfelder wie Lebensmittel, Kosmetika, Arzneimittel oder Dienstleistungen sollen folgen): Diese Reform wird von den Gewerkschaften kritisch begleitet. Zweifelsohne kann in einigen Bereichen eine verbesserte Gesetzgebung mehr Effektivität bringen. Aber unter dem Vorwand der Beschleunigung und Verschlinkung dürfen nicht soziale und ökologische Standards abgebaut werden.

- **Für weitere europäische Gesetzgebung:** Dringend nötig sind weitere europäische Gesetzgebungen:
 - Wir müssen offensiv für die EU-Gesetzgebung zum Schutz von Leiharbeitnehmern/innen eintreten.
 - Die Arbeitszeitrichtlinie muss endlich verabschiedet werden - ohne opting out und mit klaren Regeln zur kollektiven Interessensvertretung.
 - Wir brauchen einen Rechtsrahmen für kollektive Vereinbarungen über Staatsgrenzen hinweg (Sektoral / unternehmensbezogen)
 - Im Bereich der Daseinsvorsorge muss die einseitige Orientierung auf eine Liberalisierung und an den wirtschaftlichen Interessen von privaten Großanbietern zurückgedrängt werden; wir brauchen eine Rahmenrichtlinie für Dienste von allgemeinem Interesse, die die Daseinsvorsorge schützt, Rechtssicherheit schafft, die kommunale Selbstverantwortung stärkt und die Einbindung der Sozialpartner in diesem Bereich sicherstellt .

Gestaltungsmöglichkeiten der EU nutzen, um die ökonomischen Prozesse sinnvoll zu steuern: Wir brauchen allerdings keine Feigenblätter wie den sog. Globalisierungsfonds: Gespeist aus vermuteten Rückflüssen aus den Strukturfonds ist er mit den auch nur erhofften - 500 Mio. € viel zu gering ausgestattet, um reale Einflüsse auf die ökonomische Entwicklung haben zu können. Zudem soll er nur aktiv werden, wenn mindestens 1.000 Arbeitsplätze betroffen sind. Nein, wir brauchen keine finanziellen Mini-Pflaster, um die größten Auswüchse einer marktradikalen Politik zu übertünchen. Wir müssen die Gestaltungsmöglichkeiten der EU nutzen, um die ökonomischen Prozesse sinnvoll zu steuern. Die vorhandenen gesetzgeberischen Kompetenzen und die ergänzenden Ansätze sind dafür hinreichend. Es fehlt bei der EU-Kommission und den Mitgliedsländern der politische Wille, diese Instrumente für eine solidarische Erneuerung einzusetzen.

B) Europäisierung gewerkschaftlichen Handelns

Neben den Anforderungen an den ordnungspolitischen Rahmen der EU sind die Gewerkschaften auch gefordert, den Prozess der solidarischen Erneuerung im eigenen Handeln weiter zu stärken.

- **Sozialen Dialog erneuern:** Der Soziale Dialog auf europäischer Ebene stockt und muss mit Leben gefüllt werden. Durch gewerkschaftliche Initiativen sind Impulse für den sektoralen Sozialdialog dringend nötig.
- **Offene Koordinierung sozialpolitischer Steuern:** Die Methode der offenen Koordinierung ist nicht unter dem Gesichtspunkt des Kosten-Wettbewerbs der Systeme gegeneinander zu führen, sondern muss die effizienteste und optimalste Möglichkeit zur Sicherung der Lebensrisiken im Gesundheits- und Rentenbereich finden. Die Europäischen Gewerkschaften müssen sich mit eigenen Vorschlägen aktiv in die Diskussionen einmischen.
- **Europäisierung der Tarifpolitik:** Die europäischen Gewerkschaften müssen sich auf gemeinsame Leitlinien in der Lohn- und Arbeitszeitpolitik, aber auch bei den Arbeitsbedingungen verständigen.

Wir müssen eine gemeinsame Strategie der Lohnpolitik im gemeinsamen Währungsraum finden. Vereinbarungen in jedem einzelnen Bereich strahlen auf die anderen Ebenen, Abkommen und Akteure aus: Sektorale Tarifabkommen haben Auswirkung auf andere europäische Nachbarn (unmittelbar zum Nachbarland / mittelbar in alle anderen Länder). Und (Tarif-)abkommen auf Unternehmensebene oder Betriebsebene haben Auswirkungen auf die Unternehmensgruppe, auf die Branche oder die Region. Tarifpolitik kann nicht (länger) nur mit dem Blick auf ein Land, ein Unternehmen oder einen Betrieb gemacht werden. Eine gegenseitige Unterbietungskonkurrenz muss auch hier ausgeschlossen werden.

- **Europäisierung der Kooperationen:** Wir brauchen mehr grenzüberschreitende Kooperationen. Partnerschaften über Grenzen hinweg und strategische Verabredungen für die regionale Entwicklung müssen entfaltet werden. Zudem sind die IGRs zu reaktivieren und Branchendialoge zu etablieren.
- **Gemeinsamen Campaigning:** Nur durch intensive Zusammenarbeit, durch grenzüberschreitendes koordiniertes Handeln und durch gemeinsamen Campaigning entwickelt sich ein tragfähiger Konsens. Die erfolgreiche Mobilisierung zur Dienstleistungsrichtlinie darf keine Eintagsfliege bleiben
- **Europäische Betriebsräte stärken:** „Europäische Betriebsräte tragen entscheidend zu einer europaweit wirksamen gewerkschaftlichen Interessenpolitik bei. Deshalb sind die Bemühungen der IG Metall wie ihrer europäischen Organisationen zu verstärken, in möglichst vielen Unternehmen, die unter die EBR-Richtlinie fallen, auch EBR zu gründen und im Zuge der EU-Erweiterung die bestehenden EBR zu erweitern“ (Entschließung 5, 20. Gewerkschaftstag 2003 der IG Metall). Das Europäische Gewerkschaftsinstitut hat ermittelt, dass von 2.204 Unternehmen, die in den Geltungsbereich der EBR-Richtlinie fallen, erst ein Drittel (784) einen Europäischen Betriebsrat gebildet hat. allein in Deutschland sind noch 327 zu gründen, der Nachholbedarf ist prozentual besonders groß. Besonders relevant wird diese Situation, wenn man sich die Aktivitäten der transnationalen Unternehmen in den neuen EU-Ländern ansieht.. Dort haben 53% der EBR-fähigen transnationalen Unternehmen keinen EBR und zusätzlich sind in 32% der Betriebe mit EBR keine Vertreter aus den Beitrittsländern vertreten.
- **Soziale Regulierung von Globalisierung auf betrieblicher Ebene:** „Einen wichtigen Beitrag zur sozialen Regulierung von Globalisierung können auch Vereinbarungen von Verhaltensregeln für soziale, rechtliche und ökologische Mindeststandards (Codes of Conduct) zwischen Betriebsräten/ Gewerkschaften und Geschäftsleitungen leisten. Die IG Metall setzt sich das Ziel, bis 2010 möglichst in 25 Unternehmen Vereinbarungen zu erreichen. Es ist davon auszugehen, dass die Verhandlungsprozesse zur Erreichung der Codes of Conduct auch das Verständnis und das Engagement der Arbeitnehmerseite für die Notwendigkeit weltweittätiger Interessenvertretungen (Welt-Betriebsräte)

wachsen lassen.“ (Entschießung 5, 20. Gewerkschaftstag 2003 der IG Metall)

- **EU-Strukturförderung transparenter gestalten:** Wir müssen uns verstärkt in die Umsetzung der EU-Strukturförderung einmischen (allein in Deutschland stehen ca. 24 Mrd. € zur Verfügung). Das Partnerschaftsprinzip ist auf allen Ebenen auszufüllen. Wir wollen klare und transparente Strategien mit Zielen und Indikatoren. Die Förderkriterien müssen sich u.a. an Tarifvertragstreue, Mitbestimmungsregelungen und Umweltstandards orientieren. Die Empfänger von EU-Mitteln müssen mit Namen, Fördersumme und Förderzweck veröffentlicht werden. So kann die Verwendung der Mittel überprüfbar gemacht werden und Verlagerungssubventionierung eingeschränkt werden. Innovation, Qualifikation, nachhaltige regionale Strukturpolitik und Aktivierung benachteiligter Gruppen müssen im Vordergrund stehen.

C) Für eine stärkere Europäisierung der Gewerkschaften

Die europäische Orientierung hat nur dann Gewicht, wenn sie sich verstetigt. Insofern brauchen wir als Gewerkschaften die programmatische Europäisierung und die praktische Verankerung. Es ist existenziell, dass die Gestaltungsmöglichkeiten für ein demokratisches und soziales Europa weiter ausgebaut werden. Anderenfalls bleibt die Gefahr, zum Spielball in der Globalisierung zu werden. Deshalb müssen wir die solidarische Erneuerung der EU in einem erweiterten Europa stetig auf die vorderen Seiten der Tagesordnungen unserer Organisation stellen und zur alltäglichen Praxis werden lassen. Es gibt keine zweite EU im Keller. Wir müssen diese EU solidarisch erneuern. Denn Europa wird sozial sein oder nicht sein.

Bernd Lange

Abteilungsleiter „Wirtschaft und Europa“, DGB Bezirk Niedersachsen – Bremen
– Sachsen/Anhalt, 1994-2004 Europaabgeordneter